



Deutschsprachige Wirtschaftsfachoberschule Bruneck
Fachoberschule für den wirtschaftlichen Bereich
 Verwaltung, Finanzwesen und Marketing
 Wirtschaftsinformatik

Istituto tecnico economico in lingua tedesca Brunico
Istituto tecnico per il settore economico
 Amministrazione, finanza e marketing
 Sistemi informativi aziendali

Bruneck, am 19.05.2023

Ernennung des Verfahrensverantwortlichen laut Gesetzesvertretendem Dekret Nr. 50 vom 18. April 2016, der Anwendungsrichtlinie Nr. 3 der ANAC, dem Landesgesetz Nr. 16 vom 17. Dezember 2015, den Beschlüssen der Landesregierung Nr. 287 vom 21.03.2017 und Nr. 198 vom 29.03.2022

Nach Einsichtnahme in die Bestimmungen des Art. 31 des Gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 50/2016 und der Anwendungsrichtlinie Nr. 3 der ANAC, betreffend den Verfahrensverantwortlichen für die Vergabe und Durchführung der öffentlichen Bau-, Dienstleistungs- und Lieferaufträge;

Nach Einsichtnahme in den Art. 6 des Landesgesetzes Nr. 16/2015 betreffend die Organisation für die Durchführung von öffentlichen Bau-, Dienstleistungs- und Lieferaufträgen;

Nach Einsichtnahme in die Beschlüsse der Landesregierung Nr. 287 vom 21.03.2017 und Nr. 198 vom 29/03/2022;

Nach Einsicht in die Landesgesetze Nr. 20/1995 und 12/2000, welche die Zuständigkeiten der Organe, die Planung und Autonomien der Schulen regeln;

Nach Einsicht in das DLH 38/2017, welches die Geschäftstätigkeit der Schulen regelt;

Die unterfertigte Schulführungskraft Walter Markus Hilber, im Sinne des Art. 31 des Gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 50/2016, der Anwendungsrichtlinie Nr. 3 der ANAC, des Art. 6 des Landesgesetzes Nr. 16/2015 und der Beschlüsse der Landesregierung Nr. 287 vom 21.03.2017 und Nr. 198 vom 29/03/2022;

VORAUSGESETZT, DASS

der EVV, in Ausübung seiner Funktionen, als öffentlicher Beamter eingestuft wird. Die Funktionen des EVV dürfen weder von Personen übernommen werden, auf die die in Art. 42 Abs. 2 des Kodex genannten Fälle zutreffen, noch von Personen, die auch mit nicht rechtskräftig gewordenen Urteil wegen laut 2. Buch 2. Titel 1. Abschnitt des Strafgesetzbuches vorgesehenen Verbrechen gemäß Art. 35-bis des GVD 165/2001 verurteilt worden sind, angesichts des ausdrücklichen Verbots in der Verordnung über die Zuweisung solcher Personen an Stellen, die unter anderem für den Erwerb von Gütern, Dienstleistungen und Lieferungen zuständig sind, auch mit leitenden Funktionen, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Funktionen des EVV gemäß Gesetz (Art. 5, Absatz 2, Gesetz Nr. 241 vom 7. August 1990) dem Leiter der zuständigen Organisationseinheit oder den ständigen Mitarbeitern derselben Einheit zugewiesen sind (Art. 31, Absatz 1, dritter Satz des Kodex). Die Funktionen des EVV müssen in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Dekrets des Präsidenten der Republik Nr. 62/2013 und dem von jeder Vergabestelle angenommenen Verhaltenskodex sowie in Übereinstimmung mit den spezifischen Bestimmungen des von der Behörde angenommenen Dreijahresplans zur Korruptionsprävention ausgeführt werden.

Der EVV, zusätzlich zu den Funktionen, die in anderen Bestimmungen des Kodex ausdrücklich vorgesehen sind:

a) formuliert Vorschläge und stellt Daten und Informationen für die Vorbereitung des Dreijahresprogramms für öffentliche Arbeiten und seine jährlichen Aktualisierungen sowie für die Vorbereitung jedes anderen Planungsakts für öffentliche Dienstleistungs- und Lieferaufträge und die Vorbereitung der Vorab-Information zur Verfügung; b) überwacht in jeder Phase der Durchführung der Eingriffe das Leistungs-, Qualitäts- und Preisniveau, das in Übereinstimmung mit der finanziellen Deckung und dem Zeitplan für die Durchführung der Programme festgelegt wird; c) gewährleistet die korrekte und rationelle Durchführung der Verfahren; d) meldet eventuelle Störungen, Hindernisse und Verzögerungen bei der Durchführung der Eingriffe; e) gewährleistet die freie Verfügbarkeit der erforderlichen Flächen und Gebäude; f) übermittelt dem Auftraggeber die Daten und Informationen über die wichtigsten Phasen der Durchführung der Eingriffe, die für Koordinierungs-, Orientierungs- und Kontrolltätigkeiten unter seiner Verantwortung erforderlich sind, überwacht die effiziente wirtschaftliche Verwaltung der Eingriffe; g) schlägt dem Auftraggeber den Abschluss einer Programmvereinbarung gemäß den geltenden Vorschriften vor, wenn ein integriertes und koordiniertes Vorgehen verschiedener Behörden erforderlich ist; h) schlägt die Einberufung der Konferenz der Dienststellen gemäß Gesetz Nr. 241 vom 7. August 1990 vor, wenn es für den Erwerb von Vereinbarungen, Gutachten, Konzessionen, Genehmigungen, Erlaubnissen, Lizenzen, Freigaben, Zustimmungen, wie auch immer sie genannt werden, notwendig oder nützlich ist; i) überprüft und überwacht die Einhaltung der vertraglichen Anforderungen in Konzessionen.

Unbeschadet der Bestimmungen von Art. 31 und anderer spezifischer Bestimmungen des Kodex sowie des Gesetzes Nr. 241 vom 7. August 1990 beaufsichtigt der EVV die Entwicklung der Planungs-, Beauftragungs- und Ausführungsphase jedes einzelnen Eingriffs und schafft die Voraussetzungen dafür, dass die Ausführungsphase in Bezug auf die veranschlagte Zeit und die Kosten, die erforderliche Qualität, die geplante Instandhaltung, die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer und unter Einhaltung aller anderen relevanten gesetzlichen Bestimmungen einheitlich durchgeführt wird.



Deutschsprachige Wirtschaftsfachoberschule Bruneck
Fachoberschule für den wirtschaftlichen Bereich
 Verwaltung, Finanzwesen und Marketing
 Wirtschaftsinformatik

Istituto tecnico economico in lingua tedesca Brunico
Istituto tecnico per il settore economico
 Amministrazione, finanza e marketing
 Sistemi informativi aziendali

Gemäß Art. 6, Abs. 6 der LG 16/2015 nimmt der Direktor des auftraggebenden Amtes, unbeschadet der Befugnisse der einzelnen Organisationsstrukturen und der an den einzigen Verfahrensverantwortlichen übertragenen Aufgaben, folgende Aufgaben wahr:

- a) wirtschaftliche Bonität;
- b) überwacht die korrekte Ausführung der Verträge, die nicht ausdrücklich anderen Organen oder Subjekten zugewiesen sind;
- c) schlägt dem Auftraggeber den Abschluss einer Programmvereinbarung nach den geltenden Vorschriften vor, wenn ein integriertes und koordiniertes Vorgehen mehrerer Behörden erforderlich ist;
- d) schlägt vor, die in Artikel 18 des Landesgesetzes Nr. 17 vom 22. Oktober 1993 erwähnte Dienststellenkonferenz einzuberufen oder, falls zuständig, die Konferenz einzuberufen, wenn dies für den Erwerb von Vereinbarungen, Stellungnahmen, Konzessionen, Genehmigungen, Erlaubnissen, Lizenzen, Freigaben oder Zustimmungen, wie auch immer sie genannt werden, notwendig oder nützlich ist;
- e) überprüft und bescheinigt das Vorhandensein der Bedingungen, die für den Mangel an technischem Personal, die Schwierigkeiten bei der Planung der Arbeiten oder bei der Ausübung der Funktionen des Instituts, die Arbeiten von besonderer Komplexität oder von architektonischer oder ökologischer Bedeutung oder die Notwendigkeit der Vorbereitung integraler Projekte, wie sie in den Vorschriften definiert sind, die den Beitrag einer Vielzahl von Fähigkeiten erfordern, verantwortlich sind;
- f) begründet die Wahl der Methode zur Vergabe von Aufträgen technischer Natur, einschließlich der Beurteilung der Möglichkeit, ob ein Planungs- oder Ideenwettbewerb genutzt werden soll, wenn die Leistung die Planung von Arbeiten von besonderer architektonischer, ökologischer, historisch-künstlerischer und konservativer sowie technologischer Bedeutung betrifft;
- g) koordiniert und überprüft die Vorbereitung der Ausschreibungen, sowie die spätere Durchführung der damit verbundenen Verfahren; überprüft die effektive Möglichkeit, die verschiedenen Planungsphasen innerhalb der Verwaltung ohne die Hilfe externer Berater durchzuführen;
- h) fördert die Einrichtung des Büros des Bauleiters und stellt sicher, dass die Bedingungen, die die Übertragung von Aufgabe an Personen außerhalb des öffentlichen Auftraggebers gemäß Buchstabe g) rechtfertigen, erfüllt sind;
- i) übermittelt den zuständigen Stellen des Auftraggebers, nach Anhörung/Anhörung des Bauleiters, den Vorschlag des Koordinators/der Koordinatorin für die Ausführung der Arbeiten betreffend die Aussetzung oder Entfernung des Ausführenden, der Unterauftragnehmer oder der Selbständigen von der Baustelle oder die Aufhebung des Vertrags;
- j) bei Arbeiten von besonderer Komplexität, langer Dauer und erheblichem finanziellem Einsatz kann die Landesregierung die oben genannten Aufgaben an die für das Verfahren verantwortliche Person delegieren, einschließlich der Vergabeverfahren für Beträge unterhalb des europäischen Schwellenwerts und des Abschlusses aller Verträge im Zusammenhang mit der Ausführung der Arbeiten. Für diese Tätigkeit greift die für das Verfahren verantwortliche Person auf die Ressourcen zurück, die ihr vom Abteilungsdirektor, zu der sie gehört, zugewiesen wurden, oder auf externe Unterstützung, wenn die internen Ressourcen nicht ausreichen. Wenn die für das Verfahren verantwortliche Person eine Führungsposition innehat, behält sie diese Position bei, auch wenn die Leitung ihres Büros für die Dauer der Delegation dem Stellvertreter/der Stellvertreterin übertragen wird.

Festgestellt und überprüft, dass:

- das zu ernennende Subjekt ein Angestellter des Auftraggebers ist;
- das zu ernennende Subjekt im Besitz der erforderlichen Erfahrung und technischen Qualifikation gemäß Art. 6 des LG Nr. 16/2015 ist;
- das zu ernennende Subjekt in das Verzeichnis der EVV eingeschrieben ist, auch in Übereinstimmung mit den Übergangsbestimmungen von Artikel 4 des Beschlusses der Landesregierung Nr. 850 vom 22.10.2019;
- das zu ernennende Subjekt die Erklärung (Anhang 1) abgegeben hat, dass keine Gründe vorliegen, die es an der Ausübung des Auftrages als EVV hindern.

ERNENNT

die Mitarbeiterin **Alexandra Plaickner** mit der erforderlichen Erfahrung und technischen Qualifikation, die gemäß Art. 31 Abs. 1 und 6 der Gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 50/2016, der Anwendungsrichtlinie Nr. 3 der ANAC, Art. 6 Abs. 1 des Landesgesetzes Nr. 16/2015 und den Beschlüssen der Landesregierung Nr. 287 vom 21.03.2017 und Nr. 198 vom 29/03/2022 (Verzeichnis der EVV) erforderlich sind,

als einzige Verfahrensverantwortliche für alle Phasen der Projektierung, der Auftragsvergabe und der Ausführung für die folgenden Lieferungen/Dienstleistungen:

- PNRR-Projekt 1.2 „Cloud-Fähigkeit für lokale öffentliche Verwaltungen – Schulen“
- PNRR-Projekt 4.0 „Next Generation Classrooms“
 - Digitale Ausstattung
 - Möbel
- PNRR-Projekt 4.0 „Next Generation Labs“
 - Digitale Ausstattung
 - Möbel



Das Amt des EVV ist gemäß Art. 31 Abs. 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets 50/2016 verpflichtend und kann nicht verweigert werden.

Anlage: 1) Erklärung über das Nichtvorhandensein von Hinderungsgründen

Gesehen:
Die Schulführungskraft


Walter Markus Hilber

Angenommen:
Die einzige Verfahrensverantwortliche (EVV)


Alexandra Plaickner

Wirtschaftsfachoberschule Bruneck - Innichen
19 -05- 2023
Prot. Nr. <u>1655</u>
Cat. <u>13.00</u>



Deutschsprachige Wirtschaftsfachoberschule Bruneck
Fachoberschule für den wirtschaftlichen Bereich
 Verwaltung, Finanzwesen und Marketing
 Wirtschaftsinformatik

Istituto tecnico economico in lingua tedesca Brunico
Istituto tecnico per il settore economico
 Amministrazione, finanza e marketing
 Sistemi informativi aziendali

Bruneck, 19.05.2023

An die
 Schulführungskraft der
 Wirtschaftsfachoberschule Bruneck
 Walter Markus Hilber

im Hause

Verfahren:

- PNRR-Projekt 1.2 „Cloud-Fähigkeit für lokale öffentliche Verwaltungen – Schulen“
- PNRR-Projekt 4.0 „Next Generation Classrooms“
 - Digitale Ausstattung
 - Möbel
- PNRR-Projekt 4.0 „Next Generation Labs“
 - Digitale Ausstattung
 - Möbel

Ernennung des EVV: Alexandra Plaickner

Anlage Nr. 1:

Erklärung über das Nichtvorhandensein von Hinderungsgründen für die Ausübung des Amtes als EVV

Die unterfertigte Alexandra Plaickner, Steuernummer PLCLND88E63B220H, nach Einsichtnahme in das Schreiben der Schulführungskraft aufgrund einer Delegation von Aufgaben bezugnehmend auf die Ernennung als EVV für das im Betreff angeführte Verfahren, und gemäß den nachfolgenden Vorschriften: Art. 30 des LG Nr. 17/1993, Art. 42 des GVD Nr. 50/2016, Art. 51 der ZPO, Art. 6 und 7 des DPR Nr. 62/2013 (Verordnung über die Verhaltensweise der öffentlich Bediensteten) und des Art. 6-bis des Gesetzes Nr. 241/1990.

erklärt

- dass die unter Absatz 2 Art. 42 des Kodex angeführten Fälle nicht zutreffen (Interessenskonflikt);
- dass keine Unvereinbarkeiten und/oder Befangenheitsgründe gegeben sind;
- sich zu verpflichten rechtzeitig eventuelle finanzielle und Interessenkonflikte, auch mögliche, Vorteilssituationen, sowie auch weitere nachträgliche Unvereinbarkeiten und/oder Befangenheitsgründe in Bezug auf den erteilten Auftrag mitzuteilen;
- dass gemäß Art. 35-bis des GVD Nr. 165/2001 gegen sie / ihn keine, auch nicht rechtskräftige Verurteilungen der Straftaten laut 2. Buch 2. Titel 1. Abschnitt des Strafgesetzbuches, verhängt worden sind;
- die Funktionen des EVV in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 62/2013 und dem von dem Auftrag gebenden Verwaltung angenommenen Verhaltenskodex auszuüben sowie die spezifischen Bestimmungen des von dem Auftrag gebenden Verwaltung angenommenen Dreijahresplans zur Korruptionsvorbeugung und Transparenz / im Integrierter Tätigkeits- und Organisation Plan (PIAO) zu akzeptieren.

Sie verpflichtet sich für jegliche Phase des Verfahrens, der Schulführungskraft aufgrund einer Delegation von Aufgaben rechtzeitig und schriftlich jegliche Situation eines Interessenkonfliktes, auch möglich oder vermutet, gemäß Absatz 2 Art. 42 des Kodex, sowie des von dem Auftrag gebenden Verwaltung angenommenen Dreijahresplans zur Korruptionsvorbeugung und Transparenz / des Integrierter Tätigkeits- und Organisation Plan, mitzuteilen.

Sie ermächtigt die Verarbeitung der eigenen personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679.

Mit freundlichen Grüßen


 Alexandra Plaickner

LG vom 22. Oktober 1993, Nr. 17

ABSCHNITT VII KOLLEGIALORGANE DES LANDES

Art. 30 (Befangenheit der Mitglieder von Kollegialorganen und der Einzelorgane)

- 1.) Die Mitglieder von Kollegialorganen des Landes und der Organe der Landesbetriebe und der Landesanstalten dürfen sich in folgenden Fällen nicht an der Beschlussfassung beteiligen:
 - a) wenn diese Streitfälle in eigener Sache oder die eigene Rechnungslegung gegenüber den Einrichtungen betrifft, denen sie angehören, oder gegenüber Betrieben oder Anstalten, die von diesen verwaltet werden oder ihrer Aufsicht oder Kontrolle unterworfen sind,
 - b) wenn es sich um eigenes Interesse oder um das Interesse, um Streitfälle oder die Rechnungslegung der Verwandten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grad oder der Ehegatten handelt, oder wenn es sich um deren Anstellung oder um einen Auftrag an diese Personen handelt,
 - c) wenn sie selbst oder die betreffenden Ehegatten oder direkten Nachkommen ein Verfahren gegen die Adressaten der Maßnahme anhängig haben oder mit diesen schwer verfeindet sind oder mit diesen in einem Gläubiger- oder Schuldverhältnis stehen,
 - d) wenn sie in der Angelegenheit, die zur Behandlung ansteht, beratend oder beruflich tätig waren,
 - e) wenn sie Vormund, Kurator, Bevollmächtigter, Agent oder Arbeitgeber eines Adressaten der Maßnahme sind,
 - f) wenn sie Verwalter, Geschäftsführer oder Rechnungsprüfer einer Einrichtung, einer Vereinigung, eines Komitees, einer Gesellschaft oder eines Betriebes sind, der an der Maßnahme interessiert ist.
- 2.) In jedem weiteren Fall, wo es dringend angezeigt ist, kann das Mitglied des Kollegialorgans vom Vorsitzenden des Organs die Genehmigung zur Enthaltung beantragen.
- 3.) Das Verbot laut Absatz 1 bringt auch die Verpflichtung mit sich, während der gesamten Behandlung der Angelegenheit dem Versammlungsraum fernzubleiben.
- 4.) Die Bestimmungen laut den Absätzen 1, 2 und 3 gelten auch für den Sekretär des Kollegialorgans.
- 5.) Die Mitglieder des Kollegialorgans, die sich aus den in den Absätzen 1 und 2 genannten Gründen der Abstimmung enthalten, werden zu der für die Beschlussfähigkeit erforderlichen Teilnehmerzahl gerechnet, jedoch nicht zur Zahl der Abstimmenden.
- 6.) Wenn es sich um Kollegialorgane, die zwingend vollständig sein müssen, handelt, so muss das im Sinne der Absätze 1 und 2 verhinderte Mitglied ersetzt werden, damit der Beschluss gültig ist.
- 7.) Die Bestimmungen laut Absatz 1 gelten auch für die Einzelorgane. Ist der Amtsinhaber befangen oder sind die Voraussetzungen laut Absatz 2 gegeben, werden die entsprechenden Aufgaben vom Stellvertreter oder, bei dessen Abwesenheit oder Verhinderung, vom hierarchisch übergeordneten Amtsinhaber wahrgenommen.

(keine amtliche Übersetzung)

Art. 42 D.Lgs. n. 50/2016

1. Le stazioni appaltanti prevedono misure adeguate per contrastare le frodi e la corruzione nonché per individuare, prevenire e risolvere in modo efficace ogni ipotesi di conflitto di interesse nello svolgimento delle procedure di aggiudicazione degli appalti e delle concessioni, in modo da evitare qualsiasi distorsione della concorrenza e garantire la parità di trattamento di tutti gli operatori economici.
2. Si ha conflitto d'interesse quando il personale di una stazione appaltante o di un prestatore di servizi che, anche per conto della stazione appaltante, interviene nello svolgimento della procedura di aggiudicazione degli appalti e delle concessioni o può influenzarne, in qualsiasi modo, il risultato, ha, direttamente o indirettamente, un interesse finanziario, economico o altro interesse personale che può essere percepito come una minaccia alla sua imparzialità e indipendenza nel contesto della procedura di appalto o di concessione. In particolare, costituiscono situazione di conflitto di interesse quelle che determinano l'obbligo di astensione previste dall'articolo 7 del decreto del Presidente della Repubblica 16 aprile 2013, n. 62.

L.P. del 22 ottobre 1993, n. 17

CAPO VII ORDINAMENTO DEGLI ORGANI COLLEGIALI

Art. 30 (Incompatibilità dei componenti di organi collegiali e degli organi individuali)

- 1.) I componenti di organi collegiali provinciali e degli organi delle aziende e di enti strumentali della Provincia devono astenersi dal prendere parte alle deliberazioni:
 - a) che riguardano liti o contabilità loro proprie verso i corpi cui appartengono o verso le aziende od enti dai medesimi amministrati o soggetti alla loro vigilanza o controllo;
 - b) quando si tratta d'interesse proprio, o d'interesse, liti o contabilità dei loro parenti od affini sino al secondo grado, o del coniuge, o di conferire impieghi o incarichi di sorta ai medesimi;
 - c) quando essi stessi o rispettivi coniugi o discendenti diretti abbiano causa pendente o grave inimicizia o rapporti di credito o debito con i destinatari del provvedimento;
 - d) quando abbiano dato consiglio o prestato attività professionale nell'affare in trattazione;
 - e) quando siano tutori, curatori, procuratori, agenti o datori di lavoro di uno dei destinatari del provvedimento;
 - f) quando siano amministratori, gerenti o sindaci di un ente, di un'associazione, di un comitato, di una società o azienda che ha interesse al provvedimento.
- 2.) In ogni altro caso in cui esistono gravi ragioni di convenienza, il componente dell'organo collegiale può richiedere al presidente dell'organo l'autorizzazione ad astenersi.
- 3.) Il divieto di cui al comma 1 importa anche l'obbligo di allontanarsi dalla sala dell'adunanza durante l'intera trattazione dell'affare.
- 4.) Le disposizioni di cui ai commi 1, 2 e 3 si applicano anche al segretario dell'organo collegiale.
- 5.) I componenti dell'organo collegiale che si astengono dal votare per i motivi di cui ai commi 1 e 2 si computano nel numero necessario a rendere legale l'adunanza, ma non nel numero dei votanti.
- 6.) Qualora si tratti di organi collegiali perfetti, per la validità della deliberazione, si deve procedere alla sostituzione del componente impedito ai sensi dei commi 1 e 2.
- 7.) Le disposizioni di cui al comma 1 si applicano anche agli organi individuali. In caso di incompatibilità del titolare dell'organo o di sussistenza delle ragioni di cui al comma 2, le relative funzioni sono esercitate dal vicario o, in caso di sua assenza o impedimento, dal titolare dell'organo gerarchicamente superiore.

3. Il personale che versa nelle ipotesi di cui al comma 2 è tenuto a darne comunicazione alla stazione appaltante, ad astenersi dal partecipare alla procedura di aggiudicazione degli appalti e delle concessioni. Fatte salve le ipotesi di responsabilità amministrativa e penale, la mancata astensione nei casi di cui al primo periodo costituisce comunque fonte di responsabilità disciplinare a carico del dipendente pubblico.

4. Le disposizioni dei commi da 1, 2 e 3 valgono anche per la fase di esecuzione dei contratti pubblici.

5. La stazione appaltante vigila affinché gli adempimenti di cui ai commi 3 e 4 siano rispettati.

Art. 51 c.p.c.

Il giudice ha l'obbligo di astenersi:

- 1) se ha interesse nella causa o in altra vertente su identica questione di diritto;
- 2) se egli stesso o la moglie è parente fino al quarto grado o legato da vincoli di affiliazione, o è convivente o commensale abituale di una delle parti o di alcuno dei difensori;
- 3) se egli stesso o la moglie ha causa pendente o grave inimicizia o rapporti di credito o debito con una delle parti o alcuno dei suoi difensori;
- 4) se ha dato consiglio o prestato patrocinio nella causa, o ha deposto in essa come testimone, oppure ne ha conosciuto come magistrato in altro grado del processo o come arbitro o vi ha prestato assistenza come consulente tecnico;
- 5) se è tutore, curatore, amministratore di sostegno, procuratore, agente o datore di lavoro di una delle parti; se, inoltre, è amministratore o gerente di un ente, di un'associazione anche non riconosciuta, di un comitato, di una società o stabilimento che ha interesse nella causa.

In ogni altro caso in cui esistono gravi ragioni di convenienza, il giudice può richiedere al capo dell'ufficio l'autorizzazione ad astenersi; quando l'astensione riguarda il capo dell'ufficio, l'autorizzazione è chiesta al capo dell'ufficio superiore.

D.P.R. n. 62/2013

Art. 2, comma 3 – Ambito di applicazione

Le pubbliche amministrazioni di cui all'articolo 1, comma 2, del decreto legislativo n. 165 del 2001 estendono, per quanto compatibili, gli obblighi di condotta previsti dal presente codice a tutti i collaboratori o consulenti, con qualsiasi tipologia di contratto o incarico e a qualsiasi titolo, ai titolari di organi e di incarichi negli uffici di diretta collaborazione delle autorità politiche, nonché nei confronti dei collaboratori a qualsiasi titolo di imprese fornitrici di beni o servizi e che realizzano opere in favore dell'amministrazione. A tale fine, negli atti di incarico o nei contratti di acquisizioni delle collaborazioni, delle consulenze o dei servizi, le amministrazioni inseriscono apposite disposizioni o clausole di risoluzione o decadenza del rapporto in caso di violazione degli obblighi derivanti dal presente codice.

Art. 6 – Comunicazione degli interessi finanziari e conflitti d'interesse

1. Fermi restando gli obblighi di trasparenza previsti da leggi o regolamenti, il dipendente, all'atto dell'assegnazione all'ufficio, informa per iscritto il dirigente dell'ufficio di tutti i rapporti, diretti o indiretti, di collaborazione con soggetti privati in qualunque modo retribuiti che lo stesso abbia o abbia avuto negli ultimi tre anni, precisando:

- a) se in prima persona, o suoi parenti o affini entro il secondo grado, il coniuge o il convivente abbiano ancora rapporti finanziari con il soggetto con cui ha avuto i predetti rapporti di collaborazione;
- b) se tali rapporti siano intercorsi o intercorrano con soggetti che abbiano interessi in attività o decisioni inerenti all'ufficio, limitatamente alle pratiche a lui affidate.

2. Il dipendente si astiene dal prendere decisioni o svolgere attività inerenti alle sue mansioni in situazioni di conflitto, anche potenziale, di interessi con interessi personali, del coniuge, di conviventi, di parenti, di affini entro il secondo grado. Il conflitto può riguardare interessi di qualsiasi natura, anche non patrimoniali, come quelli derivanti dall'intento di voler assecondare pressioni politiche, sindacali o dei superiori gerarchici.

Art. 7 – Obbligo di astensione

1. Il dipendente si astiene dal partecipare all'adozione di decisioni o ad attività che possano coinvolgere interessi propri, ovvero di suoi parenti, affini entro il secondo grado, del coniuge o di conviventi, oppure di persone con le quali abbia rapporti di frequentazione abituale, ovvero, di soggetti od organizzazioni con cui egli o il coniuge abbia causa pendente o grave inimicizia o rapporti di credito o debito significativi, ovvero di soggetti od organizzazioni di cui sia tutore, curatore, procuratore o agente, ovvero di enti, associazioni anche non riconosciute, comitati, società o stabilimenti di cui sia amministratore o gerente o dirigente. Il dipendente si astiene in ogni altro caso in cui esistano gravi ragioni di convenienza. Sull'astensione decide il responsabile dell'ufficio di appartenenza.

L. n. 241/90, art. 6-bis – Conflitto di interessi

1. Il responsabile del procedimento e i titolari degli uffici competenti ad adottare i pareri, le valutazioni tecniche, gli atti endoprocedimentali e il provvedimento finale devono astenersi in caso di conflitto di interessi, segnalando ogni situazione di conflitto, anche potenziale.

D.Lgs. n. 165/2001, art. 35-bis – Prevenzione del fenomeno della corruzione nella formazione di commissioni e nelle assegnazioni agli uffici

1. Coloro che sono stati condannati, anche con sentenza non passata in giudicato, per i reati previsti nel capo I del titolo II del libro secondo del codice penale:

- a) non possono fare parte, anche con compiti di segreteria, di commissioni per l'accesso o la selezione a pubblici impieghi;
- b) non possono essere assegnati, anche con funzioni direttive, agli uffici preposti alla gestione delle risorse finanziarie, all'acquisizione di beni, servizi e forniture, nonché alla concessione o all'erogazione di sovvenzioni, contributi, sussidi, ausili finanziari o attribuzioni di vantaggi economici a soggetti pubblici e privati;
- c) non possono fare parte delle commissioni per la scelta del contraente per l'affidamento di lavori, forniture e servizi, per la concessione o l'erogazione di sovvenzioni, contributi, sussidi, ausili finanziari, nonché per l'attribuzione di vantaggi economici di qualunque genere.

2. La disposizione prevista al comma 1 integra le leggi e regolamenti che disciplinano la formazione di commissioni e la nomina dei relativi segretari.

